

Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:
Tagesblatt Rieser,
Grunz Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen beschließender bestimmtes Blatt.

Postfach:
Dresden 1590,
Groschen:
Rieser Nr. 22.

Nr. 120.

Dienstag, 24. Mai 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Angelegenheiten der Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erwünscht, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: "Wächter an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Weiterführung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Rieser.

Der Störenfried.

Es kann der Friede nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Der Ausdruck eines großen Deutschen, der eigens gewählt erscheint, um auf die deutsch-polnischen Auseinandersetzungen anzuweisen zu werden. Das zwischen dem Deutschen Reich und Polen auf Grund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages für die Dauer dieses Vattes ein tiefer, klaffender Gegenab besteht, kann und soll niemals geleugnet werden. Daß es aber andererseits eine selbstverständliche Pflicht der beiden Regierungen ist, trotz dieser Gegenläufige und solange sie andauern, einen modus vivendi zu finden, der ein innerlich friedliches Nebeneinanderleben gewährleistet, ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit, die nicht geleugnet werden kann. Prüfen wir zunächst einmal die Frage, ob die deutsche Regierung im Bewußtsein dieser Pflicht von sich aus alles getan hat, um diese Reibungsflächen zwischen den beiden Völkern nicht allzu unerträglich auswirken zu lassen. Diese Frage kann unbedingt mit einem „Ja“ beantwortet werden. Erinnern wir uns an den Verlauf der letzten deutsch-polnischen Aussprache in Genf. Es stand dort die Forderung gegen Forderung. Wobei zu betonen ist, daß die deutsche Forderung in der schwebenden Schuldrage sich unbedingt auf dem Recht ergab. Der deutsche Rechtsanspruch als solcher wurde auch gar nicht geleugnet. Aber es wurde von den Nationen, die demütigend zwischen den Streitparteien wirkten, die Notwendigkeit betont, im Interesse des europäischen Friedens und der Konsolidierung der europäischen Verhältnisse, die Streitfrage unter allen Umständen aus der Welt zu schaffen. Man beachte es genau: die deutsche Regierung machte sich diese Erkenntnis zu eigen, vertiefte den Rechtsboden und gab nach. Schloß ein Kompromiß, das die Frage der Sprachangehörigkeit der Kinder polnisch Oberschlesiens der Prüfung eines schweizerischen, also eines neutralen Schlichtmanns, übertrug. Die Reichsregierung billigte dieses Kompromiß, offenbar in der Erkenntnis, daß der deutsche Rechtsanspruch auf jeden Fall in einem objektiven Schiedsurteil obliegen müßte. Gibt es einen klareren und unmissverständlicheren Beweis deutscher Veröhnungsbereitschaft und deutscher Friedensliebe? Als die Nachrichten damals in Genf? Und weiter: als damals die polnischen Behörden Tag für Tag deutsche Beamte wirtschaftlicher Betriebe auswies, und die Reichsregierung gegen diesen unmöglichen Zustand protestierte, wer gab da nach: wiederum die Reichsregierung. Auch hier liegt ein Zeugnis deutscher Friedensbereitschaft vor, das niemals und nirgends geleugnet werden kann. Wollen wir uns noch daran erinnern, daß in der demnächstigen Sitzung der Verteilung der Ratsitze in Genf der Vertreter Deutschlands selbst für die Uebertragung eines halbständigen Ratsitzes für Polen stimmte. Dies sicherlich auch kein Zeugnis deutscher Unbereitschaft. Es ließe sich noch eine Reihe anderer Beweise deutschen Entgegenkommens aufzählen. Sie würden das Bild der deutschen Polen-Politik noch festumrissener gestalten.

Wie sah und sieht es aber auf der anderen Seite aus? Lassen wir die anti-deutsche Presse, die Lertorrie gegen Deutsche in Polen, die zahlreichen Ausweisungen, die ganze Einstellung der Warschauer Politik dem Reiche gegenüber erörtert. Einige andere Beispiele: wie schon oben erwähnt, wurde in Genf zwischen dem Vertreter Deutschlands und dem Außenminister Polens ein Abkommen in feierlicher Form geschlossen, das die Frage der Sprachangehörigkeit der Kinder polnisch Oberschlesiens einem neutralen Sachmann übertrug. Man höre nun, wie Polen diesem Spruch seine Durchführung „übertrug“. In Katowitz übertrug der polnische Botschafter die Frage der Sprachangehörigkeit der Kinder gemäß dem Abkommen wohl einem Sachmann, aber in Verletzung des Vattes, nicht dem schweizerischen, sondern einem polnischen. Es erließ sich zu erwähnen, wie sich das Endergebnis dieser „Prüfung“ gestaltete. Wer in der Welt mag es, dieses polnische Verfahren als das Zeugnis polnischer Friedensbereitschaft und polnischer Veröhnungsbereitschaft zu bewerten? Weiter: die polnischen Behörden haben, wie die Warschauer Blätter melden, neue Verwaltungsmaßnahmen in der Frage des Niederlassungsabkommens ausgearbeitet, die alle in derselben Richtung des polnischen Kampfes gegen das Deutsche sich auswirken sollen. Dies, obgleich die damals abgebrochenen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werden sollen. Auch ein Dokument polnischer „Entgegenkommens“. Weiter: in Kürze hat der Präsident der Gemischten Kommission, Herr Calonder, einen neuen Schiedspruch zu fällen. Und zwar in einer Frage, die inhaltlich schon genügend kennzeichnend ist. Die deutsche Regierung soll gemäß des Artikels 88 des Versailler Vertrages, der Strafverfolgungen oder Ausnahmemaßnahmen wegen während der Bestimmungen verübter Verbrechen verbietet, gezwungen werden, im Deutschen Reich verübten Teil Oberschlesiens auch diejenigen Gemeindevorstände und Schöffen zu bestatigen, die an dem polnischen Auffstand gegen Deutschland teilnahmen. Mit anderen Worten gesagt, die Reichsregierung soll auch solche Persönlichkeiten in ihrer amtlichen Funktion belassen, die sich den Kampf gegen Deutschland als höchsten Ideal ins Herz geschrieben haben, deren antideutsche Funktion also auch nicht anders als deutsch-feindlich anzusprechen ist. Eine geradezu groteske Zumutung. Aber sie wird von Polen ganz ernsthaft aufgestellt. Bemerklich auch als ein Beweis, daß Polen sich mit Deutschland

Der Abschluß der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 23. Mai. Die Weltwirtschaftskonferenz ist heute abend um 8 1/2 Uhr mit einer Schlußrede des Präsidenten Theunis abgeschlossen worden. Präsident Theunis analysierte in einem Überblick die einzelnen Ergebnisse der Konferenzarbeiten und betonte in seinen Schlußfolgerungen, daß die Befestigung der Hindernisse des Handels und Wirtschaftens mit dem doppelten Ziele der Belebung der Produktion und der Wiederherstellung der Freiheit des Handels gemeinsam vereinbarte internationale Maßnahmen notwendig macht. Wesentlich dabei sei, daß die Länder sofort die Maßnahmen zur Abschaffung bzw. Verminderung der Zollmauern treffen, die dem internationalen Warenverkehr erste Hindernisse in den Weg stellen, und daß sie dabei mit der Befestigung jener Maßnahmen beginnen, die seinerzeit dazu bestimmt waren, die vorübergehenden Störungen der Nachkriegszeit auszugleichen. Wesentlich sei ferner, daß die Rückkehr eines allgemeinen Sicherheitsgeföhls die Rückgangskosten vermindere, die eine tiefgehende wirtschaftsfördernde Wirkung haben. Ohne ein Gefühl des Vertrauens an einen dauerhaften Frieden werde es nicht möglich sein, jene Wohlfahrt wieder zu erreichen, die der heutigen Produktionsfähigkeit entspricht. Die Konferenz habe also lokal an der Sicherstellung des wirtschaftlichen Friedens gearbeitet, von der der politische Frieden abhängt. Theunis schloß mit einem Hinweis darauf, daß die Mitglieder der Weltwirtschaftskonferenz durch Annahme der Entschlüsse eine moralische Verpflichtung eingegangen seien, die feierlich verkündeten Grundzüge zu propagieren und zu verteidigen.

Vor der Schlußrede des Präsidenten hatte Coubeux, der eigentliche Anreger der Weltwirtschaftskonferenz, unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung die Bedeutung der Ergebnisse der Konferenz für den Völkerverbund zu unterstreichen, der in Zukunft in gleichem Maße sich mit wirtschaftlichen und politischen Fragen befassen müßte.

Vor Schluß der Konferenz brachten deren Mitglieder dem Präsidenten Theunis, der auch die Vorarbeiten zur Weltwirtschaftskonferenz als Präsident geleitet hatte, durch Erheben von den Sätzen und wärmsten Beifall eine persönliche Ovation dar.

Abrüstungsfragen.

Genf, 23. Mai. Die Weltwirtschaftskonferenz hat heute mittag eine Vollkammer ab. Der englische Arbeitervertreter Pugh brachte, wie schon angekündigt, folgenden vom Verbindungsansatz bereits gebilligten Antrag ein: Die Konferenz erkenne an, daß die Aufrechterhaltung des Weltfriedens von den Grundfragen abhängt, die die Wirtschaftspolitik der Staaten bestimmen. Sie empfiehlt deshalb, daß die Regierungen und Völker der auf der Konferenz vertretenen Nationen gemeinsam und fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit auf diese Seite des Wirtschaftsproblems lenken. Die Konferenz will deshalb allgemein anerkannte Grundzüge aufstellen, die geeignet sind, jene wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beseitigen.

In der Vollkammer wurden die Fragen behandelt, die außerhalb des Aufgabentereiches der drei Hauptausschüsse liegen. Darin wird u. a. auf die finanzielle Belastung Europas und der Kriegsschuldensituation, den Ozeanverkehr und den Militärverpflichtungen hingewiesen. Punkt 14 beschäftigt sich mit der Erfüllung der Kriegsschuldenerfüllung und betont, daß diese Erfüllung auf dem Wege der Lieferung von Waren und Leistung von Diensten erfolgen solle, daß es aber nicht mehr erforderlich sei, daß diese Abtragung unmittelbar zwischen Gläubigern und Schuldner vor sich gehe.

In der Vollkammer der Konferenz wurde zunächst der Antrag des Vorsitzenden des Generalrates der englischen Gewerkschaften Pugh unter ausdrücklicher Zustimmung der

„verständigen“ mit. Braucht es noch mehr Worte, um festzustellen, wer von den beiden Völkern in Wirklichkeit der Störenfried ist? Wohl kaum.

Stegerwald über die Ziele der christlichen Gewerkschaften.

Essen, 23. Mai. Anlässlich der Feier des 15-jährigen Bestehens des Christentums in der christlichen Gewerkschaften führte der 1. Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald, u. a. aus: Es besteht heute wohl eine Demokratie, aber nur eine Formal-Demokratie. Wenn von einer Demokratie in der Wirtschaft sei noch keine Spur zu finden. Dauerhaft sei, daß die deutsche Sozialpolitik noch immer kein organischer Bestandteil der Gesamtpolitik geworden sei. Große Aufgaben seien noch zu lösen. Das große Arbeitszeitungsproblem und ein einheitliches Arbeitsrecht seien noch zu erkämpfen. Der Redner setzte sich dann für eine Steigerung des Reallohnes ein und bezeichnete den Kampf um die Erhöhung der Kaufkraft der Massen als die Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften. Der Achtstundentag müßte als Norm einsetzt werden. Dr. Stegerwald warnte vor einer Ueberspannung der Forderungen hinsichtlich der Sozialversicherung mit einem Hinweis auf die dadurch entsetzliche Gefahr einer überspannten Lohnpolitik. Bei der Arbeiterversicherung müßte eine zu große Lockerung der Familienbande verhindert werden. Die ge-

sojetnischen Delegation angenommen. Ein zweiter Antrag des schwedischen Volkswirtschaftlers Prof. Cassel, der ebenfalls einstimmig angenommen wurde, empfiehlt eine engere internationale Zusammenarbeit der wissenschaftlichen und Erziehungsinstitute auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Ein dritter Antrag des schwedischen Senators Lerne über den Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und industrieller Entwicklung spricht den lebhaften Wunsch aus, daß die Bemühungen zur Beschränkung der Rüstungen von Erfolg gekrönt sein mögen und damit eine Herabsetzung der finanziellen Lasten möglich werde. An diesem Antrag sollen noch einige redaktionelle Änderungen vorgenommen werden, weshalb er erst heute nachmittag vor der Konferenz behandelt werden wird.

Schlußbestimmungen in Genf.

Genf, 23. Mai. Die Weltwirtschaftskonferenz hat heute nachmittag in ihrer Schlußsitzung den schwedischen Antrag über den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wiederanbau und Rüstungsausgaben, ferner die Einigung über die Verbindungsansätze über Sowjetrußland und eine Entschließung über die Durchführung der aus der Stellungnahme der Weltwirtschaftskonferenz sich ergebenden Arbeiten angenommen.

Darauf wurde zur Gesamtbestimmung über das vorliegende Entschließungswort einschließlich der Berichte der drei Hauptausschüsse für Handel, Industrie und Landwirtschaft und des vom Verbindungsansatz angearbeiteten Allgemeinen Teiles geschritten. Bei dieser endgültigen Bestimmung wurden unter Enthaltung der sowjetnischen und der türkischen Delegierten sämtliche Berichte und Entschließungen, die die Weltwirtschaftskonferenz am Sonntagabend und heute genehmigt hat, angenommen, und gleichzeitig beschlossen, das gesamte Material nunmehr dem Völkerverbund zu überweisen.

Eine Konferenz für Abrüstung in London.

London. Unter den Äußerungen der Völkerverbund-Konferenz wurde gestern eine Konferenz zur Verringerung und Herabsetzung der Rüstungen abgehalten, an der viele hervorragende Persönlichkeiten teilnahmen. Unter den Anwesenden befanden sich Lord Foranour, Viscount Cecil, der Sanktionsminister Sir Samuel Hoare und der Vorsitzende des Unter Ausschusses A der Völkerverbund-Konferenzkommission des Völkerverbundes Louis de Brocard. Lord Foranour sagte, wir müssen den Krieg nicht zu vermeiden haben, worüber sich die beteiligten Nationen zu verständigen haben, sondern zu einem nationalen Verbänden gegen den Grundlag des Völkerverbundes. Brocard erklärte, über die vom Unter Ausschuss bearbeiteten Fragen sei ein positives Ergebnis nicht erreicht worden. Auch unter den günstigsten Umständen seien nur langsame Fortschritte zu erwarten. Aber es gibt eine Zeitverspannung. Wir müssen greifbare Ergebnisse erreichen, bevor wir den nächsten Krieg auf dem Ozean haben. Die Kräfte, die auf den Krieg hinarbeiten, sind immer deutlicher zu erkennen, und wir befinden uns in genau derselben Lage wie vor dem großen Kriege. Es ist ein Wettlaufen zwischen Frieden und Krieg, und das Ergebnis ist alles andere als sicher.

Abreise der Delegationen aus Genf.

Genf. (Telunion.) Nach dem Abschluß der Weltwirtschaftskonferenz verließen zahlreiche Delegierte Genf bereits im Laufe des gestrigen Abends. Die deutsche Delegation ist am Dienstag früh abgereist und wird am Mittwoch früh in Berlin eintreffen. Die Abreise der sowjetnischen Delegation ist auf Mittwoch früh fest-

gelegt und persönliche Selbsthilfe müsse größere Aktivität erreichen. Die Gewerkschaften kämen in den nächsten Jahren nicht an dem Kampf vorbei, um eine auf zweifelhafte Grundlage als bisher beruhende Ergebnisse der Wirtschaft und um ihre sittlichen Forderungen im Rahmen des Nationalismus, in dem der Mensch im Vordergrund stehe. Auch in Zukunft dürfe in der Arbeiterbewegung nicht alles vom Staate verlangt werden.

Separationslieferungen im April.

Berlin. Für Frankreich sind im April 1927 Separationslieferungen (einschließlich 19 Zusatzverträge) im Gesamtwert von 11,5 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Dadurch erhöht sich der Gesamtwert der Sachlieferungs-Verträge dieser Art — ohne Rohle und Farbstofflieferungen — auf 451 Millionen Reichsmark. Unter den genehmigten Verträgen befinden sich 149 Abschlüsse von Kriegsgeldschulden im Werte von 3,3 Millionen Reichsmark.

Die im Berichtsmontat insgesamt genehmigten 127 belgischen Verträge (einschließlich von 7 Zusatzverträgen) in Höhe von 3,1 Millionen Reichsmark erhöhen den Gesamtwert aller seit dem Inkrafttreten des Darlehenplanes bis Ende April 1927 genehmigten Sachlieferungsverträge mit Belgien auf 102 Millionen Reichsmark.